

## Umfrage der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA) an die die katholischen Verbände zur Bundestagswahl: Antworten des BKU (August 2005)

### **1.) Wie bewerten sie die Wahlprogramme der größeren Parteien**

#### a) Schaffung von Arbeitsplätzen:

Die SPD preist unter der Überschrift "Wir wollen mehr Arbeit schaffen..." die Agenda 2010. Aus Sicht des BKU ist diese Agenda notwendig, greift aber viel zu kurz. Die Hartz I-IV sind im Kern nur eine "Arbeitslosenverwaltungsreform", neue Arbeitsplätze entstehen dadurch nicht. Die CDU ist mutiger und geht die beiden zentralen Probleme an: zum einen Modernisierung des Arbeitsrechts (u.a. Kündigungsschutz ab 20 Mitarbeitern und betriebliche Bündnisse für Arbeit und Individualisierung des Günstigkeitsprinzips) und zum anderen Senkung der Lohnnebenkosten (Reduzierung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 6,5% auf 4,5%, Umstellung der Krankenversicherung auf die Gesundheitsprämie). Die Gegenfinanzierung durch eine höhere Mehrwertsteuer ist vernünftig.

#### b) Steuern

Die CDU nennt konkret niedrigere Steuersätze sowohl für die Einkommensteuer (Einkommensteuersatz 12%, Spitzensteuersatz 39%) als auch für die Körperschaftsteuer (22%), die vor allem Kapitalgesellschaften betrifft. Die SPD will bei der Einkommensteuer keine weiteren Senkungen sondern Erhöhungen für Besserverdienende, die Körperschaftsteuer für Kapitalgesellschaften will sie auf 19% absenken. Damit entlastet die SPD die großen internationalen Kapitalgesellschaften und belastet die vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen, die als Personengesellschaften organisiert sind. Der BKU hält dies für fatal, da neue Arbeitsplätze vor allem in klein- und mittelständischen Unternehmen entstehen.

### **2.) Gibt es etwas, was sie überrascht hat?**

Überraschend ist, dass die SPD die Steuern für Großunternehmen (Körperschaftsteuer) stärker senken will als die CDU.

### **3.) Was fehlt?**

Der Mut in Sachen Zukunft der Renten. Unser jetziges Umlageverfahren wird nur finanzierbar bleiben, wenn das Renteneintrittsalter deutlich erhöht oder die Rentenzahlungen real gekürzt werden. Die dritte Alternative, die Erhöhung der Beiträge, verteuert den Faktor Arbeit, führt dadurch zu mehr Arbeitslosigkeit und geringerem Beitragsaufkommen und löst das Problem nicht, im Gegenteil, das Problem würde nur verschlimmert.

### **4.) Spiegeln die Programme aus Ihrer Sicht die gesellschaftliche Realität wieder?**

-

### **5.) Wahlprüfsteine?**

Nein. Unternehmer sind mündig genug, sich eine eigene Meinung zu bilden.

## 6.) Welche Prioritäten sollte die neue Bundesregierung setzen?

Absoluten Vorrang hat die Schaffung von Rahmenbedingungen, die es den Unternehmen wieder ermöglichen, zu wachsen und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Deswegen tritt der BKU dafür ein:

- a) das Arbeitsrecht, das zu einem "Arbeitsplatzverhinderungsrecht" degeneriert ist, zu modernisieren, den Einzelnen in seiner Vertragsfreiheit zu stärken und Betriebsräten und Unternehmern mehr Entscheidungsraum zu geben als Gewerkschafts- und Verbandsfunktionären.
- b) die Lohnnebenkosten zu senken, in dem man
  - in der Arbeitslosenversicherung nur die Lohnersatzleistungen aus Beiträgen und alles andere aus Steuermitteln finanziert,
  - in der Krankenversicherung eine Gesundheitsprämie einführt und
  - in der Pflegeversicherung auf Kapitaldeckung setzt.
- c) endlich eine "Große" Steuerreform zu Wege bringt, die
  - das Steuerrecht radikal und revolutionär vereinfacht und bereits dadurch vor allem die kleinen und mittelständischen Unternehmen entlastet, und
  - besonders für Familien eine echte finanzielle Entlastung bringt.